

## Weniger Schulden, mehr Sparen

**BERICHT** von Marlene Karl und Dorothea Schäfer

Verschuldung der privaten Haushalte in der Krise  
nicht erhöht 3

**INTERVIEW** mit Dorothea Schäfer

»Haushalte haben aus der Dotcom-Krise gelernt« 10

**BERICHT** von Martin Beznoska und Richard Ochmann

Sparer reagieren kaum auf Zinsänderungen 11

DIW-Konjunkturbarometer Mai 2011 19

**AM AKTUELLEN RAND** Kommentar von Nicola Jentzsch

Datenskandale und Super-GAU:  
Neues Denken im Datenschutz notwendig? 20



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e. V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
78. Jahrgang  
1. Juni 2011

**Herausgeber**

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
PD Dr. Joachim R. Frick  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

**Chefredaktion**

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

Renate Bogdanovic  
Sabine Fiedler  
PD Dr. Elke Holst

**Lektorat**

Nataliya Barasinska  
Dr. Markus M. Grabka  
Prof. Dr. Mechthild Schrooten

**Textdokumentation**

Lana Stille

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.

**Gestaltung**

Edenspiekermann

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

**Jahresabo zum Vorzugspreis:** Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

**Studenten-Abo:** Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

**Probe-Abo:** Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

**Bestellungen** richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74, 77649 Offenburg  
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.  
leserservice@diw.de

**Weitere Fragen?**

DIW Kundenservice:  
Telefon (030) 89789-245  
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements  
spätestens sechs Wochen vor Jahresende

**RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN**

## Zahlungsbilanzpolitische Probleme der gegenwärtigen Geldpolitik in der Bundesrepublik

Mit dem Kurswechsel der Bundesbank im November vorigen Jahres sollten bekanntlich die Folgen einer restriktiven Kreditpolitik korrigiert werden, die die ersten, in den Jahren 1958 und 1959 sichtbar gewordenen Ansätze zu privaten Kapitalexporten mit dem Ziele eines Ausgleichs der westdeutschen Leistungsbilanzüberschüsse zunichte gemacht und schließlich zu einer krisenhaften Zuspitzung der internationalen Zahlungsbilanzsituation geführt hatte. Während Wirtschaft und Banken in den Jahren 1958/59 begonnen hatten, die im Außenhandel verdienten überschüssigen Devisen zum Teil nicht mehr der Bundesbank anzubieten, sondern als Anlage im Ausland zu belassen, gingen sie im Verlauf der folgenden geldpolitischen Restriktionsphase (Herbst 1959 bis Herbst 1960) dazu über, nicht nur auf den Re-Export der leistungsbilanzbedingten Überschüsse zu verzichten, sondern auch in hohem Umfange im Ausland Kredite aufzunehmen und per saldo Wertpapiere zu verkaufen. Dieser Devisenzufluß zur Wirtschaft war im Sommerhalbjahr 1960 so stark (3 Mrd. DM), daß er zusammen mit den – praktisch unveränderten – Leistungsbilanzüberschüssen ausreichte, sowohl den beträchtlichen Mittelabfluß an die Öffentliche Hand als auch Nettoanlagen im Inland zu finanzieren. Gleichzeitig bauten die Banken ihre in den Jahren 1958 und 1959 erheblich angereicherten Auslandsanlagen fast vollständig wieder ab.

Durch die seit November vorigen Jahres von der Bundesbank verfolgte Geldpolitik sind zwar gewisse Bedingungen für eine Umkehr der geschilderten Entwicklung erfüllt worden. Trotzdem konnten sich jedoch zunächst Tendenzen durchsetzen, die auf einen weiteren, schließlich sogar enorm wachsenden Devisenzustrom in die Bundesrepublik hinwirkten und bisher verhinderten, daß eine gründliche Lösung des Zahlungsbilanzproblems durch freiwillige Kapitalexporte vorbereitet wurde.

aus dem Wochenbericht Nr. 22/1961 vom 2. Juni 1961

# Verschuldung der privaten Haushalte in der Krise nicht erhöht

Marlene Karl und Dorothea Schäfer

Das Verschuldungsverhalten der privaten Haushalte in Deutschland hat sich durch die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise nicht wesentlich geändert. Der Anteil von Haushalten mit Konsumenten- oder Immobilienkrediten war 2009 niedriger als während der „Dotcom-Krise“ um die Jahrtausendwende, und auch die monatliche Belastung mit Zins- und Tilgungszahlungen lag deutlich unter dem damaligen Niveau. Dies zeigt eine Untersuchung des DIW Berlin auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Knapp 40 Prozent der im Jahr 2009 befragten verschuldeten Haushalte empfanden den Schuldendienst als „schwere Belastung“, für 60 Prozent war dies nur ein geringes oder gar kein Problem. Diese Relationen sind in den vergangenen Jahren stabil geblieben. Im Durchschnitt zeigen sich die privaten Haushalte damit als finanziell recht widerstandsfähig. Eine Konsumbremse stellt die private Verschuldung in Deutschland nicht dar.

Dauer und Ausmaß der Finanzkrise sowie der tiefe Wachstumseinbruch im Jahr 2009 haben die Menschen in Deutschland nach eigenem Bekunden stark verunsichert<sup>1</sup>. Hat sich dadurch das Verschuldungsverhalten der deutschen Privathaushalte wesentlich verändert? Die Antwort auf diese Frage ist auch von Interesse für die Abschätzung der längerfristigen ökonomischen Auswirkungen der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise. Nicht zu unrecht führen viele Ökonomen die relativ geringen Fortschritte der USA, Englands und Irlands bei der endgültigen Überwindung der Krisenfolgen auf das hohe Niveau der privaten Verschuldung in diesen Ländern zurück.<sup>2</sup>

Wie private Haushalte auf eine Finanz- und Wirtschaftskrise – einen ökonomischen „Schock“ – reagieren, ist aus theoretischer Sicht nicht klar. Ein negativer Schock kann das Bedürfnis der Haushalte steigen lassen, gegenüber Risiken wie Arbeitslosigkeit und Einkommensausfall besser abgesichert zu sein. In diesem Fall ist davon auszugehen, dass sich die Haushalte mit dem Eintritt der Krise verstärkt um Entschuldung bemühen und die Neuaufnahme von Krediten in die fernere Zukunft verschieben.

Haushalte könnten aber auch durch eine Krise zur gegenteiligen Reaktion veranlasst werden. So kann es zu einer Ausweitung der Verschuldung kommen, wenn die Krise finanzielle Engpässe, zum Beispiel durch Einkommenseinbußen infolge von Arbeitslosigkeit, mit sich bringt. Auch eine krisenbedingt lockere Geldpolitik, wie sie zurzeit zu beobachten ist, kann zu verstärkter Verschuldung führen. Die dann niedrigen Zinsen können bewirken, dass mehr Anschaffungen sofort und auf Kredit getätigt werden. Schließlich können auch Förderanreize wie die Abwrackprämie im Jahr 2009 Haus-

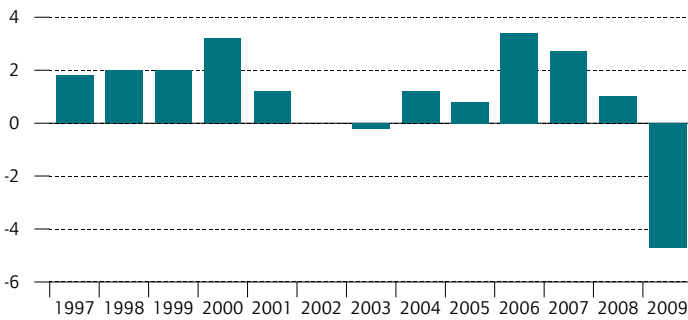
<sup>1</sup> GfK: Pressemitteilung vom 8. Mai 2009: Wirtschaftskrise bestimmt Sorgen der Europäer.

<sup>2</sup> Siehe zum Beispiel Meyer, H. (2009): Großbritannien zwischen globaler Wirtschaftskrise und New Labour 2.0.

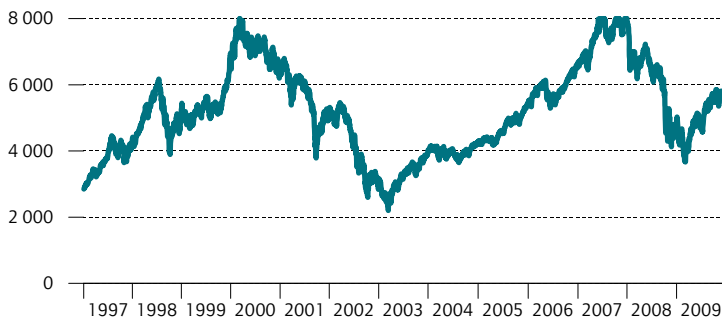
Abbildung 1

**Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und DAX 1997-2009**

**Veränderung des Bruttoinlandsprodukts**  
In Prozent, preisbereinigt, verkettet



**Verlauf des DAX**



Quellen: Statistisches Bundesamt; Yahoo finance.

© DIW Berlin 2011

Seit 1997 gab es zwei tiefe wirtschaftliche Einbrüche.

halte in größerem Umfang veranlassen, unzureichend vorhandene Eigenmittel mittels Kredit auf das notwendige Volumen aufzustocken.

Die Frage, ob und wie Haushalte ihr Verschuldungsverhalten in einer Krise ändern, lässt sich also nur empirisch beantworten. Neben den allgemeinen Rahmenbedingungen<sup>3</sup> und der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dürften für die Reaktion auf Krisen auch Faktoren wie das Belastungsempfinden, die Risikoeinstellung, die Expertise im Schuldenumgang und das

<sup>3</sup> Diese Rahmenbedingungen bezeichnet man auch als Risiken im Hintergrund. Bei deren Erhöhung werden Personen gegenüber einem bestimmten Risiko (zum Beispiel Verschuldung) plötzlich risikoaverser, obwohl sich objektiv (an der Verschuldung) nichts geändert hat. Vgl. Guiso, L., Paiella, M. (2008): Risk Aversion, Wealth, and Background Risk, Journal of the European Economic Association, 6 (6), 1109-1150.

„Schuldenmilieu“ eine wesentliche Rolle spielen.<sup>4</sup> Die vorliegende Untersuchung beruht auf den Daten des sozio-oekonomischen Haushaltspanels (SOEP) für den Zeitraum 1997 bis 2009 (Kasten 1).

**1997 bis 2010: Zwei Finanzmarktkrisen**

Der Juni 2007 markiert den Beginn der jüngsten Finanzmarktkrise. Zu diesem Zeitpunkt musste der deutsche Staat die Industrie- und Kreditbank (IKB) wegen Fehlinvestitionen in Wertpapiere US-amerikanischen Ursprungs auffangen. Im Januar 2008 begab sich der Aktienindex DAX auf Talfahrt (Abbildung 1). Die Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008 verwandelte die ohnehin begonnene konjunkturelle Abschwächung in eine scharfe Rezession.<sup>5</sup> Bei weiter anhaltenden Kursverlusten an den Aktienmärkten musste die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 mit minus 4,7 Prozent den größten Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Leistung in der Nachkriegsgeschichte hinnehmen.

Die Krise ist vermutlich Ende 2008/Anfang 2009 voll in das Bewusstsein der Privatpersonen in Deutschland vorgedrungen. Bis zum Herbst 2008 zeigte sich die Realwirtschaft gegenüber den Krisensignalen aus dem Finanzsektor erstaunlich widerstandsfähig. Erst nach der Insolvenz von Lehman Brothers und den diversen Rettungsschirmen stellten sich sämtliche Prognoseampeln auf Rot. Die Befragungen im SOEP beziehen sich jeweils auf die erste Hälfte des entsprechenden Jahres. Antworten unter dem vollen Eindruck der Krise dürfte es somit erst im Jahr 2009 gegeben haben.

Um zu prüfen, ob es ein typisches krisenbedingtes Verschuldungsverhalten gibt, vergleichen wir die jüngste Entwicklung mit derjenigen während der „Dotcom-Blase“ zwischen 1997 und 2000. Im Jahr 2000 begannen die Aktienmärkte in Deutschland eine rasante Talfahrt. Der DAX stürzte von seinem Höchststand von 8 136 Punkte im März 2000 auf unter 3 000 Punkte im Oktober 2002 ab, und das Wirtschaftswachstum ging von 3,2 Prozent im Jahr 2000 auf minus 0,2 Prozent 2003 zurück.

<sup>4</sup> Eine wachsende Anzahl von Studien beschäftigt sich mit den Einflüssen der Umgebung auf das Finanzverhalten von Haushalten. So wird davon ausgegangen, dass sich Haushalte leichter verschulden, wenn es in der Nachbarschaft allgemein üblich ist, Anschaffungen und Investitionen mit Krediten zu finanzieren, vgl. zum Beispiel Capuano, A., Ramsay, I. (2011): What Causes Suboptimal Financial Behaviour? An Exploration of Financial Literacy, Social Influences and Behavioural Economics. University of Melbourne.

<sup>5</sup> Schäfer D. (2008): Agenda für eine neue Finanzmarktarchitektur. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 51-52/2008, 808-817.

Kasten 1

**Datengrundlage: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)**

Das SOEP<sup>1</sup> liefert neben den sozioökonomischen Merkmalen des Haushalts auch eine Reihe von Angaben zur Verschuldung der Haushalte. So sind Informationen zu Hypotheken- und Konsumentenkrediten, zum monatlichen Aufwand für Tilgung und Zinsen für beide Kreditarten und zur gefühlten Belastung durch Verschuldung aus Konsumentenkrediten verfügbar. Aus den vorhandenen Daten lässt sich auch das Jahr ermitteln, in dem ein Haushalt entweder zum ersten Mal oder nach einer schuldenfreien Periode erneut einen Kredit aufnimmt. Als neuverschuldeter Haushalt wird ein Haushalt gezählt, der im Befragungsjahr angibt, finanzielle Belastungen durch Kredite zu haben, im Vorjahr aber keine solchen Belastungen hatte.

Konsumentenkredite und Immobilienkredite werden getrennt betrachtet. Dabei werden Konsumentenkredite im SOEP-Fragebogen als „Kredite, die für größere Anschaffungen oder sonstige Ausgaben“ aufgenommen werden, bezeichnet.

<sup>1</sup> Das SOEP ist eine seit 1984 laufende Wiederholungsbefragung von zurzeit rund 23 000 Personen in über 12 000 Privathaushalten in Deutschland. Die Erhebung wird vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt. Vgl. Gert G. Wagner, Jan Göbel, Peter Krause, Rainer Pischner, Ingo Sieber. Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) (2008): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, 2 (4), 301–328.

Die objektive Verschuldungssituation wird in der vorliegenden Studie durch den Anteil der verschuldeten Haushalte an der Gesamtheit aller Haushalte und durch die Höhe der durchschnittlichen Belastung pro Monat für verschuldete Haushalte gemessen.

Das Verhältnis der monatlichen Belastung für Zins und Tilgung zum monatlichen Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen ergibt die errechnete (tatsächliche) Belastung durch Schulden.

Beim Anteil der Haushalte mit Konsumenten- und Immobilienkrediten (Abbildung 2) liegen die Fallzahlen in beiden Kreditarten zwischen mehr als 1 300 und weit über 2 000 Haushalten pro Jahr. Die Fallzahlen für neue Immobilien und Konsumentenkredite (Abbildung 3) bewegen sich pro Jahr zwischen mehr als 200 beziehungsweise mehr als 500 Haushalten. Tabelle 1 zur gefühlten Belastung beruht auf 400 bis zu über 800 antwortenden Haushalten pro Kategorie und Jahr.

Zwischen 1999 auf 2000 ist die Anzahl von SOEP-Haushalten um rund 6 000 Haushalte angewachsen. Wenn Haushalte im Vorjahr nicht in der Stichprobe vorkamen, ist die Neukreditaufnahme nicht identifizierbar. Die hinzugekommenen Haushalte werden daher im ersten Jahr nicht mitgezählt.

**Kaum Veränderung beim Schuldenstand ...**

Die Verschuldung der privaten Haushalte hat in der Krise 2008/9 nicht zugenommen. Der Anteil der Haushalte mit Konsumentenkrediten war 2009 ähnlich hoch wie vor der Krise, und bei Immobilienkrediten setzte sich der schon lange anhaltende rückläufige Trend bis zuletzt fort (Abbildung 2).<sup>6</sup> Die geringe Bewegung mag auch an der meist langfristigen Natur von Kreditbeziehungen liegen, die eine unmittelbare Reaktion der Haushalte auf einen ökonomischen Schock kaum zulassen.

Auch im Vergleich zum Tiefpunkt der „Dotcom-Krise“ waren im Rezessionsjahr 2009 weniger Haushalte verschuldet. Im Jahr 2003 hielten gut 20 Prozent aller Haushalte einen Konsumentenkredit und etwas weniger als 20 Prozent einen Immobilienkredit. Im Jahr 2009 lagen diese Anteile bei 18 Prozent.

<sup>6</sup> Knapp fünf Prozent der Haushalte haben sowohl Immobilien- als auch Konsumentenkredite aufgenommen. Summiert man beide Kreditarten, bleiben die hier gezeigten Entwicklungen ähnlich.

Der Anteil der Haushalte mit Schulden ist allerdings nur ein grober Indikator für private Verschuldung. Einen tieferen Einblick bieten Informationen zur Belastung der Haushalte durch Zins und Tilgung. Die durchschnittliche monatliche Belastung durch Konsumentenkredite ist von 360 Euro im Jahr 2004 auf rund 280 Euro im Jahr 2009 gesunken. Lediglich 2007 stieg die Belastung kurzfristig an. Ebenso deutlich ist der Rückgang bei den Immobilienkrediten.

**... und der Neuverschuldung**

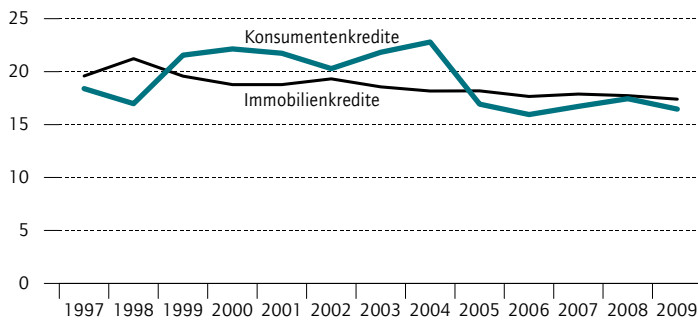
Eine gegebene Verschuldung lässt sich oft nicht kurzfristig verändern. Mehr Flexibilität ist jedoch bei der Entscheidung für oder gegen die Neuaufnahme eines Kredits zu erwarten. Tendenziell ist daher die Neuverschuldung ein besserer Indikator für die Reaktion der Haushalte auf Krisen als die Belastung durch die Bestandsschulden.

Im Jahr 1999 lag der Anteil der Haushalte, die sich neu mit Konsumentenkrediten verschuldet haben, auf dem Rekordniveau von knapp zehn Prozent (Abbildung 3).

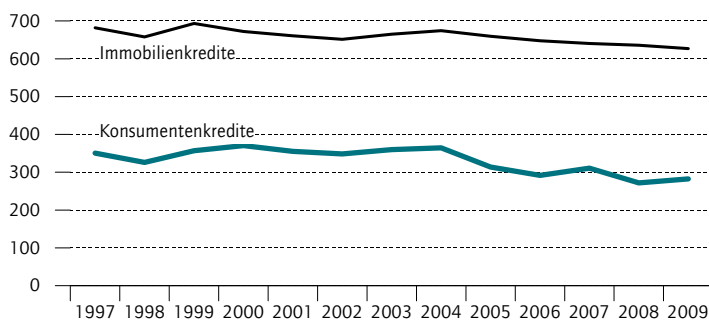
Abbildung 2

**Bestand an Konsumenten- und Immobilienkrediten**

**Anteil der Haushalte mit Konsumenten- und Immobilienkrediten**  
In Prozent aller Haushalte



**Belastung der verschuldeten Haushalte durch Konsumenten- und Immobilienkredite**  
In Euro pro Monat



Haushalte können sowohl Konsumenten- als auch Immobilienkredite aufgenommen haben, vgl. Fußnote 6. Die Werte zur Belastung der Haushalte durch Zins- und Tilgungszahlungen sind inflationsbereinigt (Preisbasis 2005).

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2011

Die monatliche Belastung durch Zins- und Tilgungszahlungen geht tendenziell zurück.

Möglicherweise haben auf dem Höhepunkt des Dotcom-Booms viele Anleger auch Konsumkredite für Aktien Spekulationen genutzt. In den Jahren danach pendelte sich dieser Anteil zunächst auf die Spannweite von sechs bis acht Prozent ein, und im Jahr 2005 fiel er auf das neue Niveau von fünf bis sechs Prozent. Die Belastung aus neuen Konsumentenkrediten war inflationsbereinigt im Rezessionsjahr 2009 um etwa 80 Euro geringer als 2007 und um etwa 100 Euro geringer als im Spitzenjahr 1999.

Vergleicht man die jeweiligen Jahre des beginnenden Abschwungs an den Kapitalmärkten, dann fällt auf, dass der Anteil der Haushalte mit Neukreditaufnahme von 1999 bis 2000 deutlich abgenommen hat, wäh-

rend der Rückgang von 2008 auf 2009 kaum ins Gewicht fällt.

Die Tatsache, dass der Anteil der Haushalte mit neuen Konsumentenkrediten 2009 zurückgegangen ist, die Belastung aus diesen Krediten aber leicht zugenommen hat, deutet darauf hin, dass Haushalte, die sich 2009 an eine Neuverschuldung durch Konsumentenkredite gewagt haben, offenbar größere Kreditbeträge gewählt haben als im Vorjahr. Dieser Befund passt zu den Ergebnissen des Kredit-Kompasses 2010. Auch hier wird eine Ausweitung der Konsumentenkredite für 2009 festgestellt.<sup>7</sup> Gründe für diese Entwicklung könnten staatlich gesetzte Konsumanreize wie die Abwrackprämie, die unerwartet stabile Lage auf dem Arbeitsmarkt oder der Rückgang der Zinsen gewesen sein (Abbildung 4).

Der Anteil der Haushalte, die einen Immobilienkredit aufgenommen haben, setzte in den Jahren 2007 bis 2009 den seit 2002 fallenden Trend fort. Die monatliche Belastung der Neuverschuldeten lag im Rezessionsjahr 2009 um knapp 30 Euro unter der des Krisenjahres 2003 und um mehr als 160 Euro unter der Rekordmarke von 1999.

Bei den Immobilienkrediten zeigt sich im direkten Vergleich der beiden Jahre des beginnenden Kapitalmarktabschwungs ebenfalls ein deutlicher Unterschied. Während im Jahr 2000 die monatliche Belastung aus neuen Immobilienkrediten stark zurückging, nahm sie 2008 zu. Im Rezessionsjahr 2009 war die Belastung durch neue Immobilienkredite etwa so hoch wie vor der Krise. Dagegen lag die monatliche Belastung im Dotcom-Rezessionsjahr 2003 deutlich unter dem Niveau des letzten Vorkrisenjahres 1999.

Insgesamt zeigt sich, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 die Verschuldungssituation der Privathaushalte nicht wesentlich verändert hat. Dies gilt für den Anteil der verschuldeten Haushalte wie auch für die monatliche Belastung durch Zins und Tilgung.

**Gefühlte und tatsächliche Belastung durch Verschuldung**

Wenn auch objektiv keine besonderen Ausschläge beim Verschuldungsverhalten der deutschen Haushalte feststellbar sind, so könnte die Finanz- und Wirtschaftskrise doch das subjektive Belastungsempfinden der Haushalte verändert haben. Im Folgenden wird deshalb zwischen gefühlter und tatsächlicher Belastung unterschieden. Dabei können indes nur Konsumentenkredi-

<sup>7</sup> SCHUFA Holding AG (Hrsg.): SCHUFA Kredit-Kompass 2010.

te einbezogen werden, und dies auch nur für den Zeitraum von 2005 bis 2009.

Die gefühlte Belastung wird im SOEP direkt abgebildet. Die Haushalte, die Konsumentenkredite halten, werden jährlich befragt, ob Aufwendungen für Zinsen und Tilgung für sie eine „schwere Belastung“, eine „geringe Belastung“ oder „kein Problem“ darstellen. Der gefühlten Belastung wird die errechnete (tatsächliche) Belastung gegenübergestellt. Sie ergibt sich aus dem Verhältnis von Schuldendienst zu Haushaltsnettoeinkommen. Anhand der Angaben zu Einkommen und Aufwendungen für Zins und Tilgung werden die Haushalte dabei in drei objektive Belastungsgruppen eingeteilt.

In Jahr 2009 gaben knapp 40 Prozent der Haushalte mit Konsumentenkrediten an, dass die Rückzahlung für sie eine schwere Belastung darstellt, für etwas mehr als 40 Prozent war sie eine geringe Belastung und für etwa 20 Prozent war der Schuldendienst kein Problem. Damit hat sich die gefühlte Belastung der privaten Haushalte im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert (Tabelle).

Bei der Einteilung nach dem Kriterium „tatsächliche Belastung“ werden Haushalte zunächst nach der Höhe des Verhältnisses von Schuldendienst zum monatlichen Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen gereiht. Um Vergleichbarkeit mit den Gruppen der subjektiven Belastung herzustellen, wird die Gruppenaufteilung analog vorgenommen. Die unteren 20 Prozent der Verteilung gelten als Gruppe mit „keinem Problem“, die mittleren 40 Prozent als diejenigen mit „geringer Belastung“ und die oberen 40 Prozent als Gruppe mit einem „schweren Problem“.

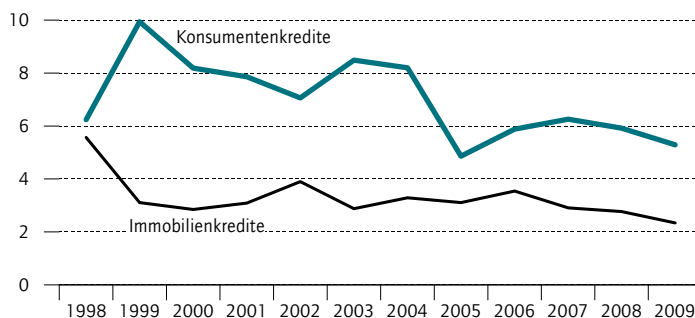
In der Gruppe mit objektiv „keinem Problem“ sind Männer und Frauen annähernd gleich verteilt. Hingegen sind Männer in der Kategorie „kein Problem“ bei der gefühlten Belastung deutlich überrepräsentiert. Fast 65 Prozent der männlichen und nur 35 Prozent der weiblichen Befragten gaben an, kein Problem mit dem Schuldendienst zu haben. Diese ungleiche Wahrnehmung findet sich auch bei den Haushalten mit schwerer Belastung wieder. Die hohe gefühlte Belastung der Frauen und die niedrige der Männer spiegelt vermutlich eine im Durchschnitt höhere Risikoaversion der Frauen und eine im Durchschnitt höhere Neigung zur Selbstüberschätzung bei Männern wider.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Barber, B. M., Odean, T. (2001): Boys Will Be Boys: Gender, Overconfidence, And Common Stock Investment. The Quarterly Journal of Economics, 116 (1), 261-292. Badunenko, O, Barasinska, N., Schäfer, D. (2010): Is gender a good predictor of financial risk taking? Evidence from national surveys of household finance. JIBS Working Papers 2010-5, Jönköping International Business School, Department of Accounting and Finance.

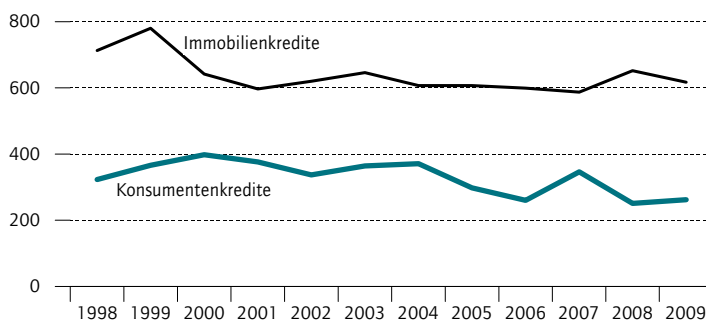
Abbildung 3

**Neue Konsumenten- und Immobilienkredite**

**Anteil der Haushalte mit neuen Konsumenten- und Immobilienkrediten**  
In Prozent aller Haushalte



**Belastung der verschuldeten Haushalte durch neue Konsumenten- und Immobilienkredite**  
In Euro pro Monat



Haushalte können sowohl Konsumenten- als auch Immobilienkredite aufgenommen haben. Die Werte zur Belastung der Haushalte durch Zins- und Tilgungszahlungen sind inflationsbereinigt (Preisbasis 2005). Mehrfachnennungen möglich.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2011

Bei der Neuaufnahme von Krediten ist kein konjunkturelles Muster zu erkennen.

Tabelle

**Anteile der Haushalte, die ihre Verschuldung als schwere, geringe oder gar keine Belastung empfinden**

In Prozent

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009
Schwere Belastung	39	39	38	38	38
Geringe Belastung	40	40	40	39	42
Kein Problem	20	22	22	23	21

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2011

Die gefühlte Belastung durch Verschuldung hat sich nicht geändert.

Kasten 2

### Schätzung zum Einfluss der Krisenjahre auf die gefühlte Belastung durch Verschuldung

In einem Probit-Modell wird der Einfluss von verschiedenen erklärenden Variablen auf eine binäre abhängige Variable – hier die gefühlte Belastung durch Schulden – getestet. Alle Haushalte, die Schulden als geringe Belastung oder kein Problem wahrnehmen, werden zu einer Gruppe zusammengefasst. Damit ergeben sich zwei Kategorien: Haushalte mit einer hohen wahrgenommenen Belastung und Haushalte, die ihre Verschuldung nicht als hohe Belastung empfinden. Die Schätzung prüft, wie die erklärenden Variablen (zum Beispiel sozioökonomische Charakteristika des Haushaltsvorstands) die Wahrscheinlichkeit des einzelnen Haushalts beeinflussen, die Schulden als hohe Last wahrzunehmen.

Im Grundmodell sind das Geschlecht, das Alter, das quadrierte Alter, das logarithmierte Haushaltsnettoeinkommen, die logarithmierte Höhe der Belastung durch Zins und Tilgung und die jeweiligen Jahre der Befragung die erklärenden Variablen. Alle sozioökonomische Merkmale erweisen sich als statistisch signifikant.<sup>1</sup> Im Gegensatz dazu leisten die Jahre keinen signifikanten Erklärungsbeitrag.

<sup>1</sup> Die sozioökonomischen Merkmale sind diejenigen des jeweiligen Haushaltsvorstandes.

Als Test für die Robustheit der Ergebnisse wurden dem Grundmodell dann jeweils eine weitere erklärende Variable hinzugefügt. Als mögliche Einflussgrößen wurden getestet:

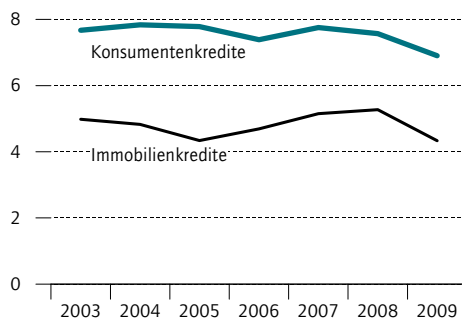
- Standort in den Neuen/Alten Bundesländern
- Arbeitslosigkeit\*
- Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen\*
- die Neigung, sich Sorgen zu machen\*
- Risikobereitschaft bei Geldanlagen\*
- Vertrauen zu anderen Menschen
- höchster Schulabschluss\*

Die mit \* versehenen Variablen sind auf dem Ein-Prozent-Niveau signifikant.

Testet man die Krisenjahre 2008–2009 gegen die guten Jahre 2005–2007, findet sich kein statistisch signifikanter Effekt der Krise auf die Neigung, die Verschuldung als hohe Last zu empfinden. Auch wenn das Einkommen nicht als erklärende Variable verwendet wird (da dieses auch durch die Krise beeinträchtigt sein könnte) gibt es keinen Kriseneffekt.

Abbildung 4

### Entwicklung der Zinsen für neue Immobilien- und Konsumentenkredite<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Die MFI-Zinsstatistik ersetzt seit 2003 die frühere Statistik der Zinssätze im Kundengeschäft der Banken. Neue und alte Zinssätze sind nicht direkt vergleichbar. Daher wurde darauf verzichtet frühere Werte wiederzugeben.

Quelle: MFI-Zinsstatistik; EZB.

© DIW Berlin 2011

Die Zinsen waren 2009 deutlich niedriger als im Rezessionsjahr 2003.

Geprüft wurde auch die Belastung nach Altersgruppen und nach Wohnsitz in den neuen und alten Bundesländern. Hier zeigten sich kaum Unterschiede zwischen der Verteilung nach gefühlten und der Verteilung nach objektiver Belastung.

### Schätzung zeigt keinen Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise

Eine Regressionsanalyse kann genaueren Aufschluss darüber geben, ob die Krise die gefühlte Belastung durch Verschuldung verändert hat. Anhand einer Probit-Schätzung haben wir untersucht, wie die Wahrscheinlichkeit, Schulden als hohe Belastung wahrzunehmen, durch bestimmte Merkmale der Haushalte beeinflusst wird (Kasten 2). Die Jahre der Befragung werden dabei als erklärende Variablen einbezogen. Statistische Signifikanz der Jahre 2008 und 2009 in der Schätzung ließe sich als signifikanter Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die gefühlte Belastung der Privathaushalte interpretieren. Daneben werden das Alter und Geschlecht des Haushaltsvorstandes sowie die tatsächliche Belastung und das Haushaltsnettoeinkommen als Kontrollvariablen berücksichtigt.



Die Wahrscheinlichkeit, die eigene Schuldenlast als schwere Belastung zu empfinden, steigt mit höheren Aufwendungen für Zins und Tilgung und mit dem Alter. Zudem fühlen sich Haushalte mit einem weiblichen Vorstand eher belastet als diejenigen mit einem männlichen Vorstand. Höheres Einkommen senkt hingegen die Wahrscheinlichkeit einer als schwer wahrgenommenen Belastung.

Das Jahr der Befragung hat dagegen keinen signifikanten Einfluss auf die wahrgenommene Schuldenlast. Die Insignifikanz der Krisenjahre bleibt erhalten, auch wenn weitere erklärende Variablen wie Arbeitslosigkeit oder der höchste Schulabschluss in das Modell eingespeist werden.

**Marlene Karl** ist Doktorandin im Graduate Center am DIW Berlin | [mkarl@diw.de](mailto:mkarl@diw.de)

**Prof. Dr. Dorothea Schäfer** ist Forschungsdirektorin Finanzmärkte, Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung am DIW Berlin | [dschaefer@diw.de](mailto:dschaefer@diw.de)

JEL: D14, G01, G20

**Keywords:** Financial crisis, indebtedness, household finance



Prof. Dr. Dorothea Schäfer,  
Forschungsdirektorin Finanzmärkte,  
Abteilung Innovation, Industrie,  
Dienstleistung am DIW Berlin

## NEUN FRAGEN AN DOROTHEA SCHÄFER

# »Haushalte haben aus der Dotcom-Krise gelernt«

1. Frau Prof. Schäfer, wie hoch war der Anteil der verschuldeten Haushalte, als die Finanzkrise einsetzte? Der Anteil der verschuldeten Haushalte betrug zu Beginn der Finanzkrise unter 20 Prozent.
2. Hat die Verschuldung in der Krise zugenommen? Man sieht eigentlich kaum Effekte der Krise. Die Verschuldung ist relativ konstant geblieben. Man sieht allerdings, dass sich bei den Verschuldungszahlen im Verlauf der letzten zehn Jahre eine gewisse Tendenz nach unten zeigt.
3. Wo liegt der Grund dafür? Eine Begründung ist, dass die Haushalte aus der „Dotcom-Blase“ aus den Jahren 1997 bis 2000 gelernt haben. Damals gab es schon etwas größere Effekte, weil Haushalte zum Beispiel auch Kredite aufgenommen haben, um sich damit Aktien zu kaufen. Das wird dieses Mal sicherlich nicht mehr passiert sein. Ein anderer Grund, warum sich seit der Finanzkrise nur eine leichte Tendenz zu einer Erhöhung der Verschuldung zeigt, ist, dass die Abwrackprämie möglicherweise einige Haushalte dazu veranlasst hat, zusätzliche Kredite für den Kauf eines Autos aufzunehmen.
4. Wie fällt der Vergleich zur „Dotcom-Blase“ aus? Waren die privaten Haushalte damals höher verschuldet? In den Daten des SOEP deutet sich das an. Die privaten Haushalte scheinen damals in einem höheren Maße verschuldet gewesen zu sein als zu Beginn dieser Finanzmarktkrise.
5. Welche Art von Verschuldung spielt dabei die größere Rolle: Konsumentenkredite oder Immobilienkredite? Wenn man davon ausgeht, dass das Risiko der Arbeitslosigkeit in der Krise steigen wird, ist es grundsätzlich so, dass Kredite eher in die Zukunft verschoben werden, egal ob Konsumenten- oder Immobilienkredit. In dieser Krise zeigen sich weder bei der einen noch bei der anderen Art der Verschuldung großartige Ausschläge.
6. Die Zinsen sind in der Finanzkrise stark gefallen. Bot das keine Anreize für die Aufnahme von Krediten? Die Zinsen sind deutlich gefallen, und es hätte auch durchaus sein können, dass viele Haushalte das als Chance begreifen. Es zeigt sich aber keine wesentliche Erhöhung in den Daten. Man muss schon davon ausgehen, dass die Haushalte Wert auf Stabilität gelegt haben. Vielleicht haben sie sich durch die Abwrackprämie ein wenig anregen lassen, einen starken Effekt durch niedrige Zinsen kann man nicht beobachten.
7. Wie hat sich die Belastung der Privathaushalte durch Zins und Tilgung seitdem entwickelt? Die Belastung der Privathaushalte durch Zins und Tilgung ist im Trend rückläufig. Auch das hat sich während der Finanzkrise nicht wesentlich verändert.
8. Warum ist das so? Die Haushalte in Deutschland haben eine Tendenz, sich liquide zu halten und sich möglichst in eine stabile Lage zu begeben. Das zeigt sich auch an den gestiegenen Sparquoten. Dabei spielt sicherlich auch eine Rolle, dass sie im Alter nicht verschuldet sein wollen. Deswegen führen Haushalte beziehungsweise die Haushaltsvorstände, wenn sie älter werden, zunehmend die Verschuldung zurück, und solche Haushalte gibt es in Deutschland immer mehr.
9. Wenn sich die Wirtschaftskrise nicht stark auf die private Verschuldung ausgewirkt hat, wieso wurde sie dann als eine so große Belastung empfunden? Ein Grund ist sicherlich die Medienberichterstattung. Es verging praktisch kein Tag ohne einen Bericht über die Finanzkrise. Doch die eigene Situation sah anders aus. Die meisten hatten nach wie vor ihren Arbeitsplatz, und ihre Einkommen brachen nicht ein. Die Haushalte fühlten sich sicherlich belastet, aber nach einer Weile haben sie festgestellt, dass eigentlich ja nichts Schlimmes kommt, denn die Erholung ging ja rasend schnell.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

# Sparer reagieren kaum auf Zinsänderungen

von Martin Beznoska und Richard Ochmann

Wie reagieren private Haushalte auf eine Veränderung der Verbraucherpreise oder des Zinsniveaus? Reduzieren sie gegenwärtigen Konsum und sparen stattdessen für die Zukunft, wenn Preise oder Zinssätze steigen? Oder lassen sie ihren einmal gewählten Konsumpfad unverändert? Nur wer die Antworten auf diese Fragen kennt, kann steuer- und sozialpolitische Reformen wie die Einführung einer Abgeltungsteuer, verbesserte steuerliche Abzugsmöglichkeiten von Altersvorsorgeleistungen oder Änderungen der Mehrwertsteuersätze richtig planen und ihre Wirkung prognostizieren. Die vorliegende Untersuchung analysiert das Sparverhalten privater Haushalte in Deutschland und zeigt, dass diese ihr Konsum-Spar-Verhalten zumindest kurzfristig kaum verändern, selbst wenn Schwankungen im Preis- oder Zinsniveau dafür monetäre Anreize bieten.

Das DIW Berlin hat das Konsum- und Sparverhalten privater Haushalte in Deutschland empirisch untersucht.<sup>1</sup> Generell ist die Reaktion privater Haushalte auf eine Veränderung der Nachsteuerrendite oder einer Änderung des Konsumpreisniveaus von unterschiedlichen und zum Teil gegenläufigen Faktoren bestimmt. Zum einen bewegen sich die relativen Preise und Zinsen: Wird zum Beispiel erwartet, dass die Preise in der Zukunft steigen, so wird – rationales Verhalten vorausgesetzt – gegenwärtiger gegenüber zukünftigem Konsum bevorzugt (Substitutionseffekt). Zum anderen verändert sich das zur Verfügung stehende Budget (Einkommenseffekt), weil die durch die erwartete Preiserhöhung implizierte Senkung des zukünftig verfügbaren Einkommens insgesamt einen geringeren Konsum ermöglicht. Auf die Ersparnis wirken diese beiden Effekte in entgegengesetzte Richtungen, sodass der Gesamteffekt, zum Beispiel einer Zinserhöhung, die Ersparnis sowohl erhöhen als auch verringern oder unverändert lassen kann.<sup>2</sup>

In der zugrunde liegenden Untersuchung wird die Konsum-Spar-Entscheidung des Haushalts in einem kurzfristigen Zweiperiodenmodell in der Form eines Nachfragesystems modelliert. Dabei wird die Nachfrage nach Konsum sowie Ersparnis jeweils als eine Funktion des laufenden verfügbaren Einkommens des Haushalts, der Nachsteuerrendite der Ersparnis, dem gegenwärtigen sowie dem für die Zukunft erwarteten Preisniveau und demographischen Merkmalen des Haushalts wie der Anzahl der Kinder abgebildet. Durch die Abhän-

<sup>1</sup> Die Untersuchung erfolgte im Rahmen eines von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Forschungsprojekts zur Besteuerung und Vermögensbildung privater Haushalte in Deutschland. Siehe Beznoska, M., Ochmann, R. (2010): Household Savings Decision and Income Uncertainty. Diskussionspapier Nr. 1046, DIW Berlin.

<sup>2</sup> Siehe einen Überblick über die empirische Literatur zu Effekten der Besteuerung auf die Ersparnisbildung in Bernheim, D. (2002): Taxation and Saving. In: Auerbach, A. J., Feldstein, M. (Hrsg.): Handbook of Public Economics. Band III, Kapitel 18, 1173–1249, Elsevier, München. Siehe zu Effekten von Zinsänderungen auf die Ersparnisbildung in verschiedenen Modellansätzen Elmendorf, D. (1996): The Effect of Interest-Rate Changes on Household Saving and Consumption: A Survey. Finance and Economics Discussion Series. Working Paper No. 1996-27. Federal Reserve Board, Washington, D.C.

gigkeit des Konsums vom laufenden Einkommen wird das Sparverhalten hier im Kontext der Keynesianischen Sparfunktion betrachtet.<sup>3</sup> Dieses Modell legt damit einen Schwerpunkt auf kurzfristige Effekte. Die intertemporale Konsumententscheidung kann man sich dabei als eine jede Periode wiederkehrende Entscheidung des Haushalts vorstellen, das gerade verfügbare Einkommen zwischen gegenwärtigem und zukünftigem Konsum aufzuteilen. Letzterer stellt eine Approximation des Konsums in allen folgenden Perioden dar und kann auch späteres Sparen oder Vererbung umfassen.<sup>4</sup> Siehe Kasten 1 für einen Vergleich des Modells zum klassischen Ansatz.

Das Modell wird mit Querschnittsdaten zu Einkommen, Konsum und Ersparnis privater Haushalte in Deutschland empirisch untersucht. Aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) stehen derzeit unverbundene Querschnitte für sechs aufeinander folgende Perioden (2002–2007) als Mikrodaten zur Verfügung. Mit Hilfe der Mikrodaten kann man Unterschiede im Sparverhalten verschiedener Haushaltstypen untersuchen. Siehe Kasten 2 für weitere Informationen zu diesem Datensatz.

### Sparquote weitestgehend konstant zwischen 2002 und 2007

Die auf Grundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) untersuchte gesamtwirtschaftliche Sparquote privater Haushalte in Deutschland ist im hier untersuchten Zeitraum von 2002 bis 2007 geringfügig gestiegen (Abbildung). Im Jahr 2002 lag sie bei knapp 9,8 Prozent. Im Jahr 2003 gab es einen kleinen Anstieg auf 10,3 Prozent. Danach hat sich die Sparquote bis 2007 jedes Jahr um zirka 0,1 Prozent im Schnitt erhöht und lag 2007 bei 10,8 Prozent. Im Jahr 2008 gab es einen etwas kräftigeren Anstieg auf 11,7 Prozent, 2009 daraufhin wieder einen leichten Abfall auf 11,1 Prozent. Im Jahr 2010 lag die Sparquote bei 11,4 Prozent. Die LWR-Kurve in der Abbildung zeigt die Sparquoten, die auf Grundlage der LWR-Daten ermittelt wurden. Hierbei werden Mittelwerte der Sparquote – also mittlere Anteile

**3** In der klassischen Lebenszyklushypothese hingegen wird die Ersparnis in Abhängigkeit vom permanenten Einkommen modelliert, also einem über den gesamten Lebenszyklus erwarteten und diskontierten Einkommensstrom. Vgl. Modigliani, F., Brumberg R. (1954): *Utility Analysis and the Consumption Function: An Interpretation of Cross-Section Data*. Post-Keynesian Economics, New Brunswick, NJ, Rutgers University Press. In der Literatur werden diverse Begründungen für die Relevanz des laufenden Einkommens bei der Spar-Entscheidung angeführt: zum Beispiel Liquiditätsbeschränkungen, myopisches (also kurzsichtiges) Verhalten sowie Vorsichtsmotive. Siehe Browning, M., Lusardi, A. (1996): *Household Saving: Micro Theories and Micro Facts*. *Journal of Economic Literature*, 34 (4), 1797-1855.

**4** Dieser Ansatz impliziert, dass Veränderungen im laufenden Einkommen immer den gleichen Effekt auf die Konsum-Spar-Entscheidung haben, egal ob es sich um vorübergehende oder dauerhafte Änderungen handelt. Diese Effekte werden weiter differenziert in Beznoska und Ochmann, a. a. O.

#### Kasten 1

##### Zur Methode

Der klassische Ansatz untersucht die intertemporale Konsumententscheidung in so genannten Euler-Gleichungen. Diese resultieren als Optimalitätsbedingung des dynamischen Lebenszyklus-Ansatzes.<sup>1</sup> Der hier verwendete Modellansatz bietet einige Vorteile im Vergleich zum klassischen Ansatz: Die Aussagekraft des Modells kann mit Querschnittsdaten empirisch überprüft werden. Dies erleichtert die Analyse erheblich. Denn es gibt in Deutschland bisher keine Daten, die Haushalte über einen längeren Zeitraum beobachten und sowohl die Struktur des Konsums als auch der Ersparnis detailliert abbilden.<sup>2</sup>

Das Modell eignet sich besonders gut für die Evaluation von Steuerreformen im Hinblick auf kurzfristige Verhaltensänderungen bei Konsum und Sparen auf der Haushaltsebene. Es sind jedoch auch Einschränkungen dieses Ansatzes zu berücksichtigen. So können keine strukturellen Präferenzparameter der Haushaltsmitglieder identifiziert werden, also zum Beispiel, ob jemand eine relativ hohe Präferenz für Konsum in jungen Jahren im Vergleich zu Konsum im hohen Alter hat. Auch sollten aufgrund der Kurzfristigkeit des Ansatzes nur begrenzt Schlüsse bezüglich langfristiger Effekte gezogen werden.

**1** Muellbauer, J., Lattimore, R. (1995): *The consumption function: A theoretical and empirical overview*. In: Pesaran, H., Wickens, M. (Hrsg): *Handbook of Applied Econometrics*. Blackwell, Oxford.

**2** Die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) erfassen bisher nicht den Konsum über einen längeren Zeitraum. Das gilt auch für die SAVE-Daten des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA).

des Sparens am Einkommen – auf Haushaltsebene betrachtet. Diese beiden Sparquoten sind nur sehr eingeschränkt vergleichbar.<sup>5</sup> Eine Darstellung dieser mittleren Anteile aus den Mikrodaten soll daher lediglich die Entwicklung der untersuchten Größe zeigen. Es wird deutlich, dass die mittleren Sparanteile zwischen 2002 und 2007 etwas uneinheitlicher verlaufen sind als die Sparquote aus den VGR. Ab 2008 stehen keine Daten der laufenden Wirtschaftsrechnung zur Verfügung.

**5** Genaueres dazu in Beznoska und Ochmann, a. a. O. Alternativ ließe sich auf Grundlage der Mikrodaten auch die aggregierte Ersparnis zum aggregierten Einkommen ins Verhältnis setzen. Diese Größe kommt dem Konzept der Sparquote aus den VGR näher. Jedoch ist eine Vergleichbarkeit auch hier eingeschränkt, da in den VGR zum einen private Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten sind und in den LWR nicht. Zum anderen ist die in den LWR erfasste Bevölkerung der privaten Haushalte beschränkt, da zum Beispiel Haushalte von Selbständigen nicht erfasst werden. Siehe auch Kasten 2 (Datenbasis).

Kasten 2

**Datenbasis Laufende Wirtschaftsrechnungen (LWR)**

Datenbasis der Untersuchung sind die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) des Statistischen Bundesamtes.<sup>1</sup> Diese werden erhoben als Mikrodaten zu privaten Haushalten in Deutschland in unverbundenen Querschnitten für die Jahre 2002 bis 2007. Sie stehen der Wissenschaft erst seit kurzer Zeit zur Verfügung. Die LWR enthält detaillierte Angaben zu Einkommen, Konsum und Ersparnis der erfassten Haushalte, jeweils differenziert erhoben nach einzelnen Komponenten, zum Beispiel Sparen nach Art des erworbenen Vermögenswerts, also Spareinlagen, Aktien, Rentenpapiere, selbstgenutzte oder vermietete Immobilien.

Die LWR ist eine Quotenstichprobe privater Haushalte mit freiwilliger Teilnahme, die jedes Jahr als Querschnittsbefragung durchgeführt wird und etwa 0,02 Prozent aller Haushalte erfasst. Die Quotierung erfolgt anhand von soziodemographischen Merkmalen und dem Haushaltsnettoeinkommen auf Basis des Mikrozensus des jeweiligen Vorjahres. Es soll ein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung erzielt werden, mit der Ausnahme von Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften (Kasernen, Altersheimen, Wohnheimen, Justizvollzugsanstalten) leben, Obdachlosen sowie Haushalten, die ein monatliches

Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 18 000 Euro haben. Diese werden in den LWR nicht erfasst. Auch werden in den LWR keine Haushalte erfasst, in denen der Haupteinkommensbezieher hauptsächlich Einkommen aus selbständiger Tätigkeit bezieht. Generell unterrepräsentiert sind in den LWR Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher ausländischer Nationalität sowie Landwirte und Arbeiter, Einpersonenhaushalte sowie Haushalte mit einem sehr niedrigen und Haushalte mit einem sehr hohen Einkommen.<sup>2</sup> In den sechs Jahren der Untersuchung werden in den LWR jeweils etwa 8000 Haushalte erfasst.

Für die Jahre 2002 bis 2004 werden Haushalte in den LWR in monatlichen Erhebungen befragt, also je ein Monat in jedem Quartal. Seit 2005 sind die LWR eine Unterstichprobe der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS), die als Quartalerhebung Haushalte drei Monate am Stück befragt. Der daraus resultierende Strukturbruch wurde bei der Schätzung berücksichtigt.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: Laufende Wirtschaftsrechnungen – Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte, Fachserie 15, Reihe 1. Mikrodaten der LWR für die Jahre 2002–2007 wurden zur Verfügung gestellt von den Forschungsdatenzentren (FDZ) der Statistischen Landesämter.

<sup>2</sup> Bei der Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung soll die Selektivität der Stichprobe durch eine entsprechende Gewichtung der Stichprobe mittels Hochrechnungsfaktoren ausgeglichen werden. Es ist allerdings zu vermuten, dass auch nach Hochrechnung der LWR-Stichproben Haushalte mit mittlerem Einkommen überrepräsentiert sind. Vgl. dazu bezüglich der EVS Becker, I., Hauser, R. (2004): Verteilung der Einkommen 1999–2003. Bericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung.

<sup>3</sup> Genaueres in Beznoska und Ochmann, a. a. O.

**Alleinstehende sowie Alleinerziehende mit geringsten Sparquoten**

Das Sparverhalten eines Haushaltes wird maßgeblich durch seine Zusammensetzung bestimmt (Tabelle). Ein Blick auf die Sparquoten auf Haushaltsebene in den Mikrodaten erlaubt eine differenzierte Analyse nach demographischen Merkmalen. Insgesamt weist ein Haushalt im Durchschnitt eine Sparquote von 14,4 Prozent auf.<sup>6</sup> Eine überdurchschnittlich hohe Sparquote erreichen Haushalte von Paaren mit einem Kind (21,2 Prozent), von Paaren mit mehr als einem Kind (25,3 Prozent) und von mehreren Erwachsenen (andere Haushalte, 23,4 Prozent). Einen verhältnismäßig kleinen Teil ihres Einkommens sparen hingegen Haushalte, in denen Alleinstehende (7,8 Prozent) oder Alleinerziehende (9,5 Prozent)

leben. Haushalte von Paaren ohne Kinder sparen in etwa durchschnittlich viel (14,3 Prozent).

Darüber hinaus zeigt sich – hier zumindest deskriptiv – ein Zusammenhang zwischen der Sparquote und dem verfügbaren Haushaltseinkommen. Während die Haushalte mit einer unterdurchschnittlich hohen Sparquote (Alleinstehende und Alleinerziehende) auch ein unterdurchschnittlich hohes Einkommen haben, sind die Haushalte mit relativ höheren Sparquoten (Paare mit Kindern und Haushalte mit mehr als zwei Erwachsenen) typischerweise im oberen Bereich der Einkommensverteilung zu finden.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Diese durchschnittliche Sparquote (Tabelle) ist etwas höher als die in der Abbildung für die Mikrodaten dargestellte Sparquote, da bei der Sparquote in der Tabelle das Sample um Ausreißer-Werte reduziert wurde, um eine genauere mikroökonomische Analyse durchführen zu können. Dabei wurden Haushalte, die mehr als 100 Prozent ihres Einkommens entsparen, entfernt.

<sup>7</sup> Dieser Zusammenhang zwischen der Sparquote und dem Einkommen ergibt sich allerdings auch aus der mikroökonomischen Analyse (vgl. Beznoska und Ochmann 2010, a. a. O.), und er wird auch in der empirischen Literatur zu intertemporalem Konsumverhalten gefunden; vgl. zum Beispiel den Literaturüberblick in Attanasio, O., Weber, G. (2010): Consumption and Saving: Models of Intertemporal Allocation and Their Implications for Public Policy. *Journal of Economic Literature*, 48, 693–751.

Tabelle

**Deskriptive Statistiken zum Einkommen und Sparen Privater Haushalte nach Haushaltszusammensetzung**

	Beobachtungen	Prozent	Sparquote	Einkommen
<b>Alle Haushalte</b>	<b>90 778</b>	<b>100,0</b>	<b>14,4</b>	<b>2 785</b>
Haushaltszusammensetzung				
Alleinstehende	22 363	38,0	7,8	1 691
Alleinerziehende	3 282	3,5	9,5	1 859
Paare ohne Kinder	32 044	29,4	14,3	3 188
Paare mit einem Kind	4 853	5,8	21,2	3 465
Paare mit zwei und mehr Kindern	10 278	9,6	25,3	4 158
Andere Haushalte	17 958	13,6	23,4	3 957

Anmerkungen: Einkommen ist monatliches verfügbares Haushaltseinkommen. Die Gruppe »Andere Haushalte« besteht zum größten Teil aus Haushalten mit mehr als zwei Erwachsenen. Ohne Haushalte mit einer Sparquote von < - 100 Prozent. Mikro-Daten der LWR gewichtet mit Haushaltshochrechnungsfaktoren.

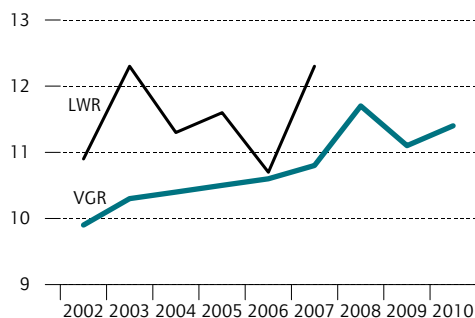
Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, LWR, 2002 bis 2007. Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2011

Überdurchschnittlich hohe Sparquoten in größeren Haushalten.

Abbildung

**Sparquote privater Haushalte in Deutschland**  
In Prozent



Anmerkungen: Sparquote aus den VGR enthalten Zunahmen betrieblicher Versorgungsansprüche. LWR bezeichnet den Mittelwert der Sparquoten auf Haushaltsebene im Querschnitt, bereinigt um einen Strukturbruch (siehe Kasten 2). Mikro-Daten der LWR gewichtet mit Haushaltshochrechnungsfaktoren.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, Erste Jahresergebnisse 2010, Fachserie 18, Reihe 1.1. FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, LWR, 2002 bis 2007. Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2011

Bis 2007 kaum Veränderungen in der Sparquote.

**Kaum Reaktionen auf Zinsänderungen ...**

Wir haben untersucht, inwiefern Haushalte ihr Konsum-Spar-Verhalten anpassen, wenn sich entweder die

Nachsteuerrendite der Ersparnis, der laufende Preis oder der erwartete Preis für Konsum (gemessen am Verbraucherpreisindex) verändern. Veränderungen bei der Nachsteuerrendite können sich entweder ergeben, wenn sich der Marktzinssatz für Ersparnisse im Allgemeinen verändert oder wenn die steuerliche Behandlung von Kapitalerträgen aus Ersparnissen reformiert wird. Zwischen 2002 und 2007 gab es über die meiste Zeit kaum spürbare Veränderungen beim Marktzinssatz. Spareinlagen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr wurden in 2002 noch mit knapp drei Prozent verzinst und zwischen 2003 und 2005 mit nur noch zwei Prozent. Erst ab 2006 stieg der Marktzins kontinuierlich bis auf gut vier Prozent Ende 2007 an.<sup>8</sup> Im gleichen Zeitraum gab es jedoch deutliche Veränderungen bei der steuerlichen Behandlung von Kapitalerträgen im Zuge der Großen Steuerreform zwischen 2000 und 2005.<sup>9</sup> Außerdem wurde 2007 auch die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent erhöht. All dies führte zu Veränderungen der Nachsteuerrendite und der Verbraucherpreise in unterschiedlichem Maße für die Haushalte, entsprechend ihrem Konsum-Sparverhalten. Effekte dieser Änderungen auf die Ersparnisbildung haben wir untersucht. Dafür wurde die Konsum-Spar-Entscheidung des Haushalts in einem kurzfristigen Zweiperiodenmodell in der Form eines Nachfragesystems abgebildet und dieses mithilfe eines mikroökonomischen Regressionsmodells für die LWR-Daten geschätzt.<sup>10</sup>

Die Ergebnisse der Regressionen zeigen, dass private Haushalte in Deutschland kurzfristig so gut wie überhaupt nicht auf Änderungen der Nachsteuerrendite reagieren.<sup>11</sup> Wenn sich also nach Steuern eine höhere Rendite auf verzinste Sparanlagen erzielen lässt, zum Beispiel infolge einer Steuerreform oder einer Erhöhung des Marktzinsniveaus, nehmen die Haushalte dies nicht als Anlass, ihre intertemporale Konsumentscheidung zu ändern.

**8** Siehe European Central Bank, Statistical Data Warehouse. <http://sdw.ecb.europa.eu/home.do>, abgerufen am 25.05.2011.

**9** So gab es zum Beispiel Veränderungen bei der Behandlung von Veräußerungsgewinnen so wie von Dividendenzahlungen und dem Sparerfreibetrag. Darüber hinaus wurden die Grenzsteuersätze generell deutlich gesenkt. Siehe Ochmann, R. (2010): Distributional and Welfare Effects of Germany's Year 2000 Tax Reform. Diskussionspapier Nr. 1083, DIW Berlin.

**10** In der mikroökonomischen Analyse wurden die Haushalte differenziert in solche, die überhaupt etwas sparen, also Vermögensbestände aufbauen, und solche, die entsparen, also die mehr konsumieren als sie Einkommen haben (zum Beispiel in Form von Vermögensauflösungen). Das Regressionsmodell wird schließlich auf die Gruppe der Sparer angewandt. Des Weiteren wurde untersucht, ob eventuell Selektionseffekte durch die Beschränkung auf diese Gruppe eine Rolle spielen. Dabei wurden keine signifikanten Selektionseffekte gefunden. Genaueres dazu in Beznoska und Ochmann, a. a. O.

**11** Die Ergebnisse der Regressionsanalyse werden an dieser Stelle nicht im Einzelnen dargestellt. Sie sind zu finden in Beznoska und Ochmann, a. a. O.

Ökonomisch betrachtet wirken hier zwei Effekte simultan, in gerade entgegengesetzte Richtungen. Zum einen wird durch eine höhere Verzinsung zukünftiger Konsum attraktiver (Substitutionseffekt). Zum anderen wird der Gegenwartskonsum erhöht, weil die durch die Zinserhöhung implizierte Erhöhung des zukünftig verfügbaren Einkommens insgesamt einen höheren Konsum ermöglicht, sowohl gegenwärtig als auch zukünftig (Einkommenseffekt). Diese beiden Effekte neutralisieren sich hier in etwa, so dass die Haushalte insgesamt kaum auf eine Zinserhöhung reagieren. Wir schätzen als Substitutionseffekt, dass eine Erhöhung des Zinses um 1,00 Prozent zu einer Erhöhung der Ersparnis um 0,37 Prozent führt. Durch den Einkommenseffekt hingegen wird heutiger Konsum erhöht und damit die Ersparnis um 0,46 Prozent gesenkt. Diese beiden Effekte zusammen betrachtet sind statistisch nicht von null verschieden.

Dieses Ergebnis gilt analog auch für eine Zinssenkung. Im Rahmen des Nachfragesystems bedeutet dies, dass der Effekt für die sogenannte unkompenzierte Zinselastizität des Sparens (also die Gesamtwirkung von Substitutions- und Einkommenseffekt) ungefähr auf null geschätzt wird.<sup>12</sup>

### ... und Preisänderungen

Im beobachteten Zeitraum veränderten sich die Verbraucherpreise nur geringfügig, die Inflationsrate lag zwischen 1,0 und 2,3 Prozent. Die Ergebnisse der Regression zeigen, dass solche Veränderungen des Preisniveaus die Konsum-Spar-Entscheidung im Gesamteffekt nur sehr wenig beeinflussen. Auch hier gleichen sich Einkommens- und Substitutionseffekt wieder in etwa aus. Eine Erhöhung des gegenwärtigen Niveaus der Verbraucherpreise veranlasst die Haushalte, ihren gegenwärtigen Konsum entsprechend zu verringern. Ihre Spartätigkeit, und damit ihr zukünftiger Konsum, bleiben jedoch von der Preiserhöhung unberührt.

### Dennoch Wohlfahrtseffekte

Dass keine Anpassungsreaktionen im Konsum-Sparverhalten privater Haushalte auf Veränderungen bei Nachsteuerrendite sowie Preisniveau zu beobachten sind, bedeutet indes nicht, dass solche Ereignisse keine wirtschafts- und sozialpolitisch relevanten Effekte hervorrufen. Könnte man die Haushalte zum Beispiel für den durch eine Zinssenkung implizierten

Einkommensverlust gerade kompensieren, würde man sehr wohl eine Veränderung im Konsum-Sparverhalten beobachten. Die Haushalte würden in diesem Fall ihre Spartätigkeit reduzieren. Im Rahmen des Nachfragesystems bedeutet dies, dass die sogenannte *kompenzierte* Zinselastizität des Sparens signifikant positiv geschätzt wird.

Diese Kompensation ist freilich hypothetisch, die kompensierten Reaktionen sind also nicht beobachtbar. In der Wohlfahrtstheorie wird daher direkt auf den entgangenen Nutzen abgestellt und die kompensierten Elastizitäten werden verwendet, um Wohlfahrtsmaße zu berechnen, die die Nutzeneinbußen in Geldeinheiten bewerten.<sup>13</sup> Wie hoch genau solche Wohlfahrtseffekte sein könnten, wurde im Rahmen dieser Studie nicht untersucht.

Signifikant geschätzte kompensierte Elastizitäten deuten jedoch darauf hin, dass Veränderungen von Nachsteuerrenditen sowie Verbraucherpreisen – auch wenn sie keine Effekte auf beobachtbare Konsum-Spar-Entscheidungen haben – in den Haushalten sehr wohl zu Nutzeneinbußen führen können. Das liegt daran, dass derartige Ereignisse immer eine Veränderung der relativen Preise, hier von gegenwärtigem und zukünftigem Konsum, bewirken.

### Fazit

Die hier gefundenen Ergebnisse zum Konsum- und Sparverhalten privater Haushalte in Deutschland sind relevant im Rahmen diverser steuer- und sozialpolitischer Reformvorhaben. So wird derzeit im Kontext privater Altersvorsorge diskutiert, mit welchen Maßnahmen man Anreize für Geringverdiener schaffen kann, Ersparnisse fürs Alter zu bilden. Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass Veränderungen der Nachsteuerrendite nicht effektiv in Bezug auf dieses Ziel wären. Das könnte zum Beispiel relevant sein für verbesserte steuerliche Abzugsmöglichkeiten von Altersvorsorgeleistungen im Rahmen des Alterseinkünftegesetzes.<sup>14</sup>

Auch unter den in der jüngsten Vergangenheit umgesetzten Reformen finden sich Beispiele, bei denen kurzfristige Reaktionen bezüglich der intertemporalen Kon-

<sup>12</sup> Aus dem Modellansatz des Nachfragesystems folgt, dass die gefundenen Effekte für die Reaktionen des Sparens auf Zinsänderungen analog für Reaktionen des Konsums auf Zinsänderungen gelten, da die Ersparnis das Residuum aus Einkommen und Konsum darstellt. So bleibt auch der gegenwärtige Konsum bei Veränderungen des Zinsniveaus unverändert.

<sup>13</sup> Vgl. zum Beispiel Deaton, A., Muellbauer, J. (1980): *Economics and Consumer Behavior*. Cambridge University Press, New York.

<sup>14</sup> Hingegen sollten in nur begrenztem Maße Schlüsse der hier präsentierten Ergebnisse auf die Effekte von der Einführung neuer Sparprodukte im Bereich der Altersvorsorge, etwa im Rahmen der Riester-Rente, gezogen werden. Solche Produkteinführungen gehen häufig einher mit zusätzlichen Transaktionskosten, so dass nicht unbedingt mit kurzfristigen Anpassungen zu rechnen ist und somit aus dem hier angewandten kurzfristigen Modell heraus keine verlässlichen Aussagen getroffen werden können. Dafür bedarf es weiterer gezielter Reformuntersuchungen.

sumentscheidung zwar grundsätzlich denkbar, aber unserem Ergebnis zufolge nicht zu erwarten sind. So hat die 2009 in Deutschland eingeführte Abgeltungsteuer für Kapitalerträge zu einer Veränderung der relativen Preise für gegenwärtigen und zukünftigen Konsum geführt. Unseren Ergebnissen zufolge sind kurzfristig keine Änderungen im Sparverhalten zu erwarten. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass Haushalte langfristig aufgrund von Änderungen der Nachsteuerrendite ihr Sparverhalten ändern. Für weitere Aussagen über die genauen Effekte solcher Reformen sind jedoch gezielte Reformanalysen notwendig.

Des Weiteren hätte eine Veränderung des Regelsatzes bei der Mehrwertsteuer beziehungsweise einer Abschaffung des ermäßigten Satzes, wie gegenwärtig viel diskutiert,<sup>15</sup> eine zumindest kurzfristige Verzerrung rela-

---

**15** Siehe hierzu zum Beispiel eine Untersuchung der Verteilungswirkungen aktueller Reformvorschläge zum Mehrwertsteuerrecht in Bach, S. (2011): Volle Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel belastet vor allem Geringverdiener. Wochenbericht des DIW Berlin, 78 (16), 3-8.

tiver Preise für Konsum und Sparen zur Folge – ungeachtet der Verschiebung der relativen Preise diverser Konsumgüter.

Abschließend soll noch betont werden, dass sich die hier dargestellten Ergebnisse lediglich auf solche Effekte beziehen, die bezüglich Reaktionen bei der intertemporalen Konsumentscheidung zu erwarten sind. Wenn damit zu rechnen ist, dass die Haushalte ihre gesamte Ersparnis nicht verändern, bedeutet das hingegen nicht, dass sie nicht innerhalb der Ersparnis ihre Portfoliostruktur, oder innerhalb des Konsums ihre Konsumstruktur, anpassen. So kann eine verbesserte Förderung von Altersvorsorgesparen sehr wohl dazu führen, dass die Haushalte von anderen Sparformen in geförderte Formen umschichten oder eine Änderung der Mehrwertsteuersätze zu Anpassungen bei Konsumstrukturen führen. Solche Effekte wurden hier nicht betrachtet. Auch dafür erscheinen weitergehende Untersuchungen angebracht.

**Martin Beznoska** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin | [mbeznoska@diw.de](mailto:mbeznoska@diw.de)

**Richard Ochmann** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin | [rochmann@diw.de](mailto:rochmann@diw.de)

**JEL:** D12, D91, E21

**Keywords:** Consumption-savings decision, interest rate elasticity of savings, savings function, intertemporal QUAIDS



Discussion Papers Nr. 1120

May 2011 | Vanessa von Schlippenbach, Isabel Teichmann



## The Strategic Use of Private Quality Standards in Food Supply Chains

This paper highlights the strategic role that private quality standards play in food supply chains. Considering two symmetric retailers that are exclusively supplied by a finite number of producers and endogenizing the producers' delivery choice, we show that there exist two asymmetric equilibria in the retailers' quality requirements. The asymmetry is driven by both the retailers' incentive to raise their buyer power and the retailers' competition for suppliers. We find that the use of private quality standards is detrimental to social welfare. A public minimum quality standard can remedy this unfavorable welfare outcome.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

---

Discussion Papers Nr. 1121

May 2011 | Florian Ade, Ronny Freier



## Divided Government versus Incumbency Externality Effect: Quasi-Experimental Evidence on Multiple Voting Decisions

This paper explores the interdependency of political institutions from the voter's perspective. Specifically, we are interested in three questions: (1) Does the partisan identity of the local mayor influence the voter's decision in the subsequent town council election?; (2) Does this partisan identity influence in ensuing higher level elections?; and (3) Do voters condition their vote for the mayor on the result of the last council election? We collected a unique data set for Germany in which we link election results for different political institutions at the municipal level. To identify causal effects, we rely on a regression discontinuity design focusing on close election outcomes. We find that the party of the mayor receives a bonus of 4–5 percentage points in vote share in the subsequent town council elections if, and only if, mayoral and council elections are held simultaneously. With regard to higher level elections, we find no effect for the party identity of the mayor on federal and European election outcomes. Using run-off mayor races, which are held shortly after council elections, we show that voters punish parties that performed strongly in the council election. To explain our empirical findings, we explore two mechanisms from the theoretical literature. We conclude that there is evidence both for an incumbency externality effect as well as a preference for divided government effect in opposite directions.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

Discussion Papers Nr. 1122  
May 2011 | Konstantin A. Kholodilin, Ulrich Thießen



## The Shadow Economy in OECD Countries: Panel-Data Evidence

In this paper, the extent of the shadow economy in OECD countries is investigated. The estimates of the size of the shadow economy are obtained using the panel-data techniques applied to the data on 38 OECD member states over the period 1991–2007. Our estimates tend to be somewhat lower than the alternative estimates. However, our and alternative estimates of shadow economy are quite well correlated— the corresponding correlation coefficients lie between 0.63 and 0.65. The only exception is our estimates for 2002 and those of Schneider et al. (2010) for 2002, for which a low correlation is observed. We find that the estimates of the size of the shadow economy are very sensitive to the assumption on the velocity of money

circulation. It is shown that the micro- and macro-evidence are consistent at a relatively low velocity of money circulation.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

---

Discussion Papers Nr. 1123  
May 2011 | Hani Mansour, Terra McKinnish



## Who Marries Differently-Aged Spouses? Earnings, Ability and Appearance

In direct contrast to conventional wisdom and most economic models of gender differences in age of marriage, we present robust evidence that men and women who are married to differently-aged spouses are negatively selected. Earnings analysis of married couples in the 1970, 1980, 1990 and 2000 Decennial Censuses finds that male earnings decrease with within-couple age difference, regardless of whether the man is older or younger than his wife. In contrast, female earnings increase with within-couple age difference. We argue and present evidence that women in differently-aged couples have higher earnings not because of positive

selection, but because their hours of work increase in response to partnering with a lower earning man. We test for negative selection into differently-aged couples using three measures: average earnings per hour in occupation using Census data, cognitive skills assessments from the National Longitudinal Survey of Youth 1979 cohort (NLSY79), and measures of physical appearance from the National Longitudinal Study of Adolescent Health (Add Health). The point estimates indicate negative selection on all of these characteristics, although statistical significance varies by outcome and sample.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)

DIW-Konjunkturbarometer Mai 2011

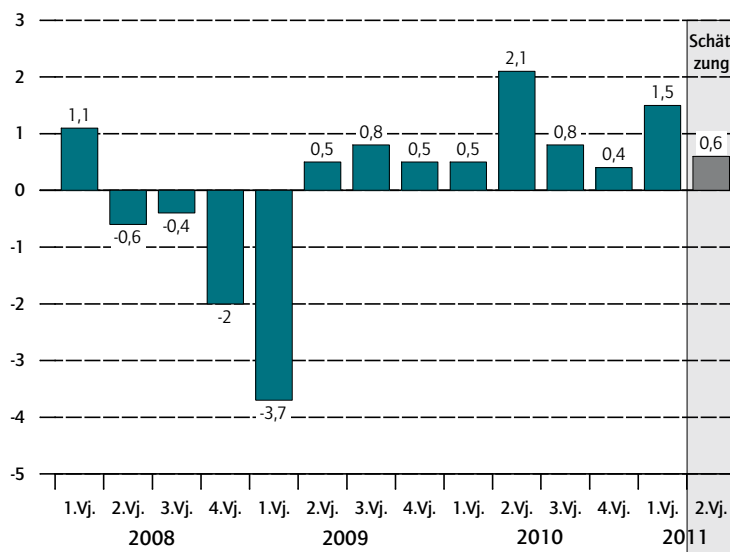
Wirtschaftswachstum bleibt kräftig – Inflationsrisiko nimmt zu

Nach dem unerwartet starken ersten Quartal 2011 setzt sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft dynamisch weiter fort. Für das zweite Quartal 2011 erwartet das DIW Berlin einen Anstieg des preis- und saisonbereinigten Bruttoinlandsproduktes um 0,6 Prozent nach 1,5 Prozent im Vorquartal „Im ersten Vierteljahr ist die Wirtschaft durch Nachholeffekte am Bau angeschoben worden“, erläuterte DIW-Konjunkturrexperte Vladimir Kuzin. „Überraschend war aber das rasante Tempo, mit dem die deutsche Wirtschaft auch ohne den Bausektor gewachsen ist, vor allem die inländische Nachfrage.“

Hinter den Wachstumsraten in der ersten Jahreshälfte 2010 wird das zweite Quartal aber nach Einschätzung des DIW Berlin zurückbleiben. „Unternehmensumfragen signalisieren, dass die hohe Kapazitätsauslastung dem Wachstum langsam Grenzen setzt“, sagte Vladimir Kuzin. „Außerdem ist noch unklar, ob die vielfach befürchteten Ausfälle in den Lieferketten nach dem Erdbeben in Japan die Produktion vorübergehend beeinträchtigen“.

Ein Großteil der Dynamik wird nach Einschätzung des DIW Berlin weiterhin durch die kräftige inländische Investitions- und Konsumnachfrage getrieben. Allerdings könnte die steigende Inflationsrate die Kaufkraft der Verbraucher in nächster Zeit eintrüben. „Erstmals beobachten wir spürbare Preissteigerungen auch jenseits der Energie- und Lebensmittelpreise“, warnt Ferdinand Fichtner, Leiter Konjunkturpolitik am DIW. „Die hohen Energiepreise greifen also zunehmend auf die Preise anderer Güter über, dadurch sinkt die Kaufkraft weiter.“

Vorquartalswachstum in Prozent



Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preis-, saison- und kalenderbereinigt)

© DIW Berlin 2011



Dr. Nicola Jentzsch ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Informationsgesellschaft und Wettbewerb am DIW Berlin.

Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

# Datenskandale und Super-GAUs: Neues Denken im Datenschutz notwendig?

Das Ausmaß aktueller Datenskandale ist besorgniserregend: Bei einer Reihe von Hackerangriffen auf Sony wurden kürzlich persönliche Daten von über 100 Millionen Nutzern diverser Sony-Dienste gestohlen. Auch Banken und Telekom-Unternehmen sind mittlerweile regelmäßig Angriffen ausgesetzt. Kriminelle sind aber nicht die einzige Gefahr für die Datensicherheit. Manch einen Skandal produzieren Unternehmen gleich selbst. So musste Apple im April zugeben, dass sich die Standort-Protokollierung des iPhones nicht abschalten lässt, selbst wenn Nutzer die Ortungsdienste deaktivieren. Nachdem dies publik wurde, erklärte das Unternehmen, es habe die Standortdaten für die Entwicklung neuer Dienste verwenden wollen.

Im letzten Jahr wurde bekannt, dass Google mit StreetView nicht nur Straßenbilder, sondern auch Daten von WLAN-Netzen sammelte. Das Unternehmen erlaubte bei StreetView zwar einen Einspruch, um Häuserfassaden zu verpixeln und entschuldigte sich für das Abfischen der WLAN-Daten, es hatte aber lange vor diesem Zeitpunkt in den USA bereits ein Patent auf Personen-Identifizierung auf Basis solcher Daten angemeldet (U.S. Patent Application 20100218111). Nach Information des amerikanischen Electronic Privacy Information Center hatte Google WLAN-Daten in mehr als 30 Ländern über einen Zeitraum von drei Jahren gesammelt.

Nehmen Unternehmen den Schutz persönlicher Daten nicht ernst? Oder verstehen wir bislang nicht, wie Datenschutz so funktioniert, dass ihn auch Unternehmen gerne befördern? Warum ist Datenschutz bislang quasi kein Qualitätsmerkmal im Wettbewerb? In der Regierungskoalition plant man derzeit eine Stiftung Datenschutz nach dem Vorbild der Stiftung Warentest einzuführen. Die Stiftung soll Produkte und Dienstleistungen auf Datenschutzfreundlichkeit überprüfen, was in der Presse bereits als „Datenschutz-TÜV“ bezeichnet wird. Darüber hinaus soll sie Auditverfahren ent-

wickeln und wahrscheinlich Gütesiegel vergeben. So erhofft man sich, den Datenschutz in Unternehmen zu verbessern und gleichzeitig das Verbraucherbewusstsein zu schärfen. Die Frage ist, ob es sich bei diesen Plänen tatsächlich um effektive Maßnahmen handeln wird.

Um erfolgreich Sicherheit von Personendaten zu fördern, wäre es notwendig, dass die neue Behörde neues Denken in den Datenschutz einbringt. Theoretische und empirische Erkenntnisse, wie sich Datenschutzmaßnahmen auf Entscheidungen von Verbrauchern auswirken oder auf den Wettbewerb unter Unternehmen, spielten hierzulande bislang quasi keine Rolle. Es ist an der Zeit, Erkenntnisse aus der ökonomischen Forschung zu nutzen, um den Datenschutz zu verbessern. Es geht hierbei nicht um eine Um- oder Entwertung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, sondern vielmehr um die Akzeptanz der Tatsache, dass persönliche Daten schon lange zu einem handelbaren Gut geworden sind, ob uns dies nun gefällt oder nicht.

So wäre es notwendig zu wissen, ob und wie Verbraucher Datenschutz-Gütesiegel in ihre Kaufentscheidung einbeziehen. Werden solche Siegel ignoriert, wenn bereits ein Datenschutzversprechen einer Firma besteht? Wenn es mehrere Siegel gibt, wird der Verbraucher sie tatsächlich vergleichen? Wie muss ein Siegel gestaltet sein, damit es besonders verbraucherfreundlich ist? Diese Fragen sind zwar bekannt, aber eine systematische experimentelle Forschung im Bereich Datenschutz hat hierzulande bislang nicht stattgefunden. Dies wäre aber hilfreich für die Politikformulierung. Maßnahmen, die sich nicht systematisch auf Entscheidungen von Verbrauchern im Markt auswirken, werden Unternehmen wohl kaum effektiv disziplinieren.

Deutschland hat mit der Stiftung Datenschutz die Chance, auch international Vorreiter in diesem Gebiet zu werden. Dies wird allerdings nicht der Fall sein, wenn es sich um ein bürokratisches Großprojekt handelt, das für Unternehmen mehr Kosten als Nutzen bringt und dessen Maßnahmen für Verbraucher im Markt kaum einen Unterschied machen.